



Student Series of Criminology

Mai 2023

Ákos Silló: Mutualismus zwischen Unternehmen und Staat - Eine paradigmatische Fallinterpretation anhand von Cargill, S. 1-23

DOI: 10.5282/stucrim/36

Mutualismus zwischen Unternehmen und Staat - Eine paradigmatische Fallinterpretation anhand von Cargill

Ákos Silló *

Zusammenfassung: Diese Arbeit untersucht, welche Faktoren im Zusammenspiel von Unternehmen und Staat eine essenzielle Rolle in der Umweltschädigung einnehmen. Für eine fallbezogene Veranschaulichung wird eines der größten landwirtschaftlichen Unternehmen (Cargill) paradigmatisch für das unkontrollierte und intransparente Auftreten gleicher Akteure im internationalen Wirtschaftsraum herangezogen. Um das in diesem Kontext problematische Verhalten zu untersuchen, werden die kriminologischen Konzepte des *State-Corporate Crime*, *devianter Lobbyismus* und *Normgenese* als Interpretationsinstrumente verwendet. Wie sich zeigen wird, lassen sich Strukturen zwischen Unternehmen und Staat finden, die Umweltkriminalität ermöglichen und vorantreiben. Anhand der kriminologischen Konzepte kann der spiralförmige Mechanismus dieser Beziehung dargestellt und die Relevanz von Transparenz im politischen Diskurs sowie vermehrter Regulierung besagter Umweltkriminalität verstanden werden.

Schlüsselwörter: *State-Corporate Crime*, *devianter Lobbyismus*, *Normgenese*, *Cargill*, *internationale Lieferketten*

Abstract: This article examines which factors in the relationship between companies and the state play an essential role in environmental degradation and climate change. For a case-based presentation, one of the largest agricultural companies is used to illustrate the uncontrolled and non-transparent actions of similar parties. To investigate the deviating behaviour in this context, the criminological concepts of *state-corporate crime*, *deviant lobbying* and *norm genesis* are used as interpretive tools. As it turns out, mutualistic structures enable and drive environmental crime. Using the criminological concepts, however, it becomes possible to depict the spiral mechanism of this relationship and understand the relevance of transparency in political discourse as well as increased regulation of said environmental crime.

Keywords: *state-corporate crime*, *deviant lobbying*, *norm genesis*, *Cargill*, *international supply chains*

* Teilnehmer am Forschungs- und Vertiefungskurs zur Kriminologie „Climate Change Crime und Umweltkriminalität“ des Lehrstuhls für Strafrecht und Kriminologie (Prof. Dr. Ralf Kölbl) der Ludwig-Maximilians-Universität München (Wintersemester 2022/2023). Der Text wurde mit der Unterstützung der Leiterin des Kurses Dr. Dr. María Laura Böhm vorbereitet. Kontakt: akos-sillo@web.de.

1. Einleitung

Mutualismus [lat. *mutuus* = gegenseitig] bezeichnet in der Biologie eine Form der Wechselbeziehung zwischen artverschiedenen Organismen, die aus dieser Symbiose jeweils ihren eigenen Nutzen ziehen. Deckungsgleich lassen sich auch mutualistische Strukturen zwischen Unternehmen und dem Staat im Rahmen von Umweltkriminalität beobachten. Obwohl diese Interaktion den beteiligten Akteuren Vorteile bringt, zeigt sich insbesondere die durch milliarden schwere Unternehmen verursachte Naturzerstörung im Hinblick auf einem sich exponentiell zuspitzenden Klimawandel als äußerst folgenschwer (White/Yeates, 2018, S. 315). Während Waldrodungen die Regenerierungsfähigkeit der Umwelt vernichten, sorgen immer größer werdende Emissionen in der Luft für eine drastische Verschärfung der globalen Erwärmung, was spürbare Sekundär- und Tertiärfolgen¹ nach sich zieht (Wagner, 2022, S. 477).² Ein erheblicher Teil dieser Aktivitäten lassen sich auf Großkonzerne und Unternehmen zurückführen, die unkontrolliert und intransparent in ihrem Wirtschaftsraum agieren (White/Yeates, 2018, S. 316). Ermöglicht wird dies durch fehlendes Regulierungsverhalten und unzureichendes Durchsetzungsvermögen gegenüber Individualinteressen seitens des Staates.

Diese Arbeit³ untersucht, welche Faktoren eine essenzielle Rolle in diesem symbiotischen Zusammenspiel zwischen Unternehmen und Staat einnehmen. Besonders signifikant in dieser Thematik zeigt sich die Fleisch- und Landwirtschaftsindustrie (WWF, 2011). Repräsentativ für diese Branche steht das größte private Unternehmen der USA – Cargill. Dieses zunächst unscheinbare Unternehmen soll aufgrund seines tatsächlich erheblichen Einflusses auf die von Unternehmen verursachten Umweltschädigungen⁴ beispielhaft die Erörterungen dieser Arbeit begleiten. Mit einem jährlichen Umsatz von über 100 Milliarden Dollar ist Cargill hinter zahlreichen bekannten Unternehmen als Produzent und Lieferant involviert. Neben der Belieferung von Fastfoodketten wie McDonald's und Burger King steht Cargill auch in enger Verbindung zu Nestlé.⁵

¹ Als Sekundärfolgen werden in diesem Fall negative Konsequenzen bezeichnet, die sich unmittelbar oder mittelbar aus dem Klimawandel ergeben. Von Sekundärfolgen sind derzeit insbesondere Entwicklungsländer betroffen, die beispielsweise unter klimabedingter Migration leiden (BMZ, 2022). Für nähere Ausführungen zu der Kategorisierung von Binnenmigration, internationalen Migration und sogenannten „trapped populations“, siehe Tangermann/Kreienbrink, 2019a/b und IOM, 2017, S. 85. Tertiärfolgen bezeichnen negative Konsequenzen, die sich aus den Sekundärfolgen ergeben. In diesem Fall wird beispielsweise prognostiziert, dass die soeben beschriebenen Sekundärfolgen zu einem drastischen Anstieg von Armut, Hungersnöten und Wassermangel führen werden (IPCC, 2022).

² Berichte des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) belegten, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % menschliche Aktivitäten die dominante Ursache für den Klimawandel sind (IPCC, 2013; IPCC, 2014). Nach dem neusten Bericht des IPCC ist das menschliche Verhalten als Ursache nun eindeutig und nicht mehr zweifelhaft (IPCC, 2023).

³ Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der nachfolgenden Arbeit das generische Maskulin verwendet. Sofern im Kontext erforderlich, ist die weibliche Form ebenfalls mit erfasst.

⁴ *Mighty Earth*, Cargill: Das Schlimmste Unternehmen der Welt (11.07.2019), verfügbar unter <https://stories.mightyearth.org/cargill_das_schlimmste_unternehmen_der_welt/> (zuletzt abgerufen am 01.03.2023).

⁵ *Handelsblatt*, Dieser stille Riese prägt das globale Lebensmittelgeschäft (02.08.2019), verfügbar unter <<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/familienunternehmer/groessten-familienunternehmen-der-welt-dieser-stille-riese-praegt-das-globale-lebensmittelgeschaeft/24864764.html>> (zuletzt abgerufen am 16.03.2023); *Utopia*, Cargill vermeiden (24.12.2019), verfügbar unter <<https://utopia.de/cargill-schlimmstes-unternehmen-vermeiden-149135/>> (zuletzt abgerufen am 16.03.2023); *Mighty Earth*, Cargill: Das Schlimmste Unternehmen der Welt, *supra* Fn. 4.

Solche Großunternehmen sind insbesondere aufgrund ihrer globalen und internationalen Lieferketten ein erhebliches Problem. Wie sich noch zeigen wird, erschwert das internationale Verhältnis, in dem solche Akteure stehen, nicht nur die Sanktionierung von möglichen illegalen Aktivitäten, sondern es macht die Regulierung und Eindämmung des schädlichen Verhaltens beinahe unmöglich. Wie auch der Klimawandel an sich scheint daher die Umweltschädigung durch Unternehmen nicht nur symbolisch, sondern auch tatsächlich ein internationales Problem zu sein.

Bei schärferer Betrachtung der Thematik lässt sich das komplexe Problem der Umweltkriminalität durch landwirtschaftliche Unternehmen auf mehrere, aber nicht weniger komplexe Aspekte aufteilen. Die Realität von schädigenden Einwirkungen der Industrie auf die Umwelt entspringt nämlich nicht aus einer Quelle, sondern wird von zahlreichen, zusammenwirkenden Defiziten in der Gesetzgebung und in der politischen Rolle des Staates ermöglicht. Namentlich scheint das schädliche Verhalten von Unternehmen durch fehlende oder unzureichende Sanktionsmöglichkeiten gefördert und aufgrund von Regulierungslücken verstärkt zu werden. Während solche Aspekte das Einfallstor für Umweltschädigungen eröffnen, ermöglichen Lobbyarbeiten in der Regierung es offenzuhalten.

Das Zusammenspiel dieser beiden Akteursgruppen muss für eine hilfreiche Darstellung auf zwei Ebenen untersucht werden. Eine isolierte Betrachtung der empirischen Tatsachen reicht nicht aus. Es ist daher erforderlich, durch eine tiefergehende Erörterung und Interpretation der Gesamtumstände für einen besseren Durchblick zu sorgen. Wie auch im Strafrecht müssen beispielsweise Maßregeln der Besserung und Sicherung auf den Einzelfall angepasst sein, um die gewünschten und keine negativen Auswirkungen zu entfalten. Obwohl vorliegend nicht Täterbezogene, sondern systemische und interorganisationelle Probleme untersucht werden, lässt sich die Relevanz einer kontextgebundenen Veranschaulichung auch auf die hier vorliegenden Thematik übertragen.

Aus diesem Grund befasst sich diese Arbeit nicht nur mit dem Aufzeigen der einschlägigen Probleme, sondern setzt sich auch kriminologisch mit diesen auseinander. Durch die kriminologische Betrachtungsweise wird ein besserer Einblick in die Vorgänge möglich, die das deviante Verhalten der Parteien erzeugen oder vorantreiben. Der Fokus dieser Betrachtungsweise liegt einerseits auf den strukturellen Zusammenhängen zwischen den Unternehmen und Regierungen im jeweiligen Produktionsland. Andererseits sollen durch die kriminologischen Ansätze vor allem auch die devianten Interaktionen im legislativen Bereich kategorisiert und beleuchtet werden.

Als ersten Schritt in Richtung einer besseren Darstellung der Probleme muss man sich zunächst mit dem Entstehungsprozess von Umweltkriminalität beschäftigen (2.). Erst wenn dieser Ausgangspunkt etabliert worden ist, kann im nächsten Schritt eine Darstellung der kriminologischen Interpretationsinstrumente erfolgen, die für eine Veranschaulichung der Verbindung zwischen Unternehmen und Staat relevant werden (3.). Im letzten und wichtigsten Schritt erfolgt schließlich die Anwendung dieser Konzepte anhand eines konkreten Fallbezugs (4.).

2. Umweltkriminalität durch Innovationsverhalten

Um den Prozess der Umweltkriminalität zu verstehen, muss man sich zunächst unweigerlich die Frage stellen, wieso es überhaupt zu kriminellen Verhalten in der Wirtschaft und dem Staatswesen kommt, bevor man sich mit den Erscheinungsformen auseinandersetzt. Einen Ansatz, um die

Entstehung von Kriminalität in einer Gesellschaft zu erklären, entwickelte *Robert K. Merton* (1910-2003) durch die Anomietheorie (Merton, 1995, S. 130 f.). Grundsätzlich beruht die Theorie auf der kriminalsoziologischen Auffassung, dass Kriminalität mit der Sozialstruktur einer Gesellschaft zusammenhängt (Merton, 1938, S. 672 ff.). Dieser Zusammenhang ergibt sich aus den vorhandenen sozio-ökonomischen Ressourcen einer Gesellschaft und dem sozialen Druck des Individuums einen Teil dieser Ressourcen für sich zu beanspruchen. Aus diesem Druck können kriminelle Tendenzen entstehen, die sich letztendlich in deliktischem Verhalten äußern (Ortmann, 2000, S. 5).

Nach *Mertons* Anomietheorie sind für diesen Vorgang zwei Aspekte der Sozialstruktur ausschlaggebend. Zum einen die von der jeweiligen Kultur definierten Ziele, nach denen die einzelnen Gesellschaftsmitglieder streben (sozialer Status, Wohlstand, Prestige) (Merton, 1938, S. 672 ff.). Zum anderen die institutionalisierten Mittel, d.h. die rechtlich und moralisch zulässigen Möglichkeiten, diese Ziele zu erreichen (Merton, 1974, S. 287). Nach *Merton* besteht zwischen den beiden Elementen ein Gleichgewicht, solange die Gesellschaftsmitglieder mit dem erreichten Ziel und der verwendeten Mittel zufrieden sind. Wird dieses Gleichgewicht jedoch gestört, indem etwa die kulturellen Ziele nicht mehr mit den erlaubten Mitteln erreichbar sind, kommt es zu einem Zustand der „Anomie“⁶ (Merton, 1974, S. 288 f.). In diesem Zustand kann also der herrschende Druck nicht mehr auf moralischen und rechtlich erlaubten Wegen gelöst werden, wodurch ein Verlust der Wertorientierung entsteht, der sich in abweichendem Verhalten der Gesellschaft präsentiert (Durkheim, 1991, S. 70 f.).

Dieser kohärente Ansatz zwischen den kulturellen Zielen der Gesellschaftsmitglieder und verfügbaren moralischen und legalen Mitteln lässt sich deckungsgleich auf die hier vorhandene Problematik anwenden. Das Ziel von Unternehmen ist es, ein profitables Geschäft zu führen und dabei so schnell, unkompliziert und effektiv wie möglich vorzugehen.⁷ Grundsätzlich ist es möglich, dieses Ziel mit den vorhandenen institutionellen Mitteln zu erreichen. Kommt es aber zu einer Störung des Gleichgewichts, so bleiben die Ziele regelmäßig unverändert und es findet eine Anpassung auf der Ebene der Mittel statt (sog. *Innovation*). Folglich wird zu nicht mehr moralischen oder legalen Mittel gegriffen, um die Ziele beibehalten zu können (Ortmann, 2000, S. 82).

Eine derartige Drucksituation kann aus verschiedenen Gründen entstehen: Es kann zunächst zu einer Verengung auf der Ebene der vorhandenen Mittel kommen, indem sich etwa die gesellschaftlichen Wertvorstellungen ändern, oder bisher erlaubte Praktiken durch Regulierungen beschnitten werden und somit die institutionellen Mittel begrenzen (Ortmann, 2000, S. 82). Abweichend von der eigentlichen Auffassung der Anomietheorie kann es aber auch zu einer Ausweitung der gesetzten Ziele kommen. Diese leichte Modifikation erlaubt es uns ein weiteres Spektrum des Innovationsverhaltens abzudecken: Im Prinzip ist es für die Drucksituation unerheblich, auf welcher Seite sie entsteht, solange sie den gleichen Effekt erzeugt. Demnach können neben individuellen Bewegungsgründen, wie etwa das bestrebte Wachstum eines Unternehmens, auch natürliche Aspekte, wie eine immer weiter steigende Nachfrage oder das Konkurrenzverhalten

⁶ Ursprünglich wurde der Begriff der „Anomie“ durch den Sozialpsychologen *Emile Durkheim* eingeführt. Dieser setzte sich mit Einflussfaktoren auf den Selbstmord einer Person auseinander. Dabei stellte er fest, dass sich Menschen in Krisenzeiten in einer Diskrepanz zwischen ihren Ansprüchen und der Wirklichkeit wiederfinden und es somit zu einem Verlust der Wertorientierung kommt. Diesen Zustand bezeichnete er als „Anomie“ (Meier, 2021, S. 19).

⁷ *Bakan* (2003), Dokumentationsfilm: *The Corporation*, abrufbar unter <<https://www.bing.com/videos/search?q=the+corporation&docid=608006570465250315&mid=37885339C68AD8B25D2037885339C68AD8B25D20&view=detail&FORM=VDRVSR&ajaxhist=0>> (zuletzt abgerufen am 16.03.2023).

in verschiedenen Branchen, ein Faktor sein. Beide Alternativen führen letztlich zu dem gleichen Ergebnis: das Ziel kann mit dem Mittel nicht mehr erreicht werden. Entscheidend ist nur, dass eine Seite des Spektrums überspannt wird und neue Wege und Möglichkeiten gesucht werden, um die vorgestellten Ziele weiterhin zu erreichen. Dies geschieht dann auch unter Inkaufnahme risikoreicher, illegaler und moralisch verwerflicher Mittel (Adler/Laufer, 2000, S. 210).

3. Kriminologische Ansätze der Fallinterpretation

Um den gewünschten Effekt einer hilfreichen Gesamtbetrachtung von dem Innovationsverhalten der Unternehmen zu erhalten, müssen vor der konkreten Fallanalyse die notwendigen Interpretationsinstrumente der Kriminologie dargestellt werden. Die im Folgenden relevanten Konzepte sind *State-Corporate Crime*, *devianter Lobbyismus* und die *Normgenese* in der Gesetzgebung. Besonders ist, dass diese Konzepte trotz einer nachfolgend isolierten Anwendung, einen zusammenhängenden Kreislauf ergeben. Während das durch den Zustand der Anomie eintretende Innovationsverhalten der Unternehmen den nötigen Kontext für das Entstehen von *State-Corporate Crime* und *devianten Lobbyverhalten* liefert, wirken sich diese Strukturen auf die *Normgenese* aus, wodurch das Ergebnis des legislative Verfahrens erneut einen Anschluss an die devianten Verhaltensweisen findet. Wie sich in der Falldarstellung zeigen wird, befinden sich die wichtigsten Berührungspunkte in der Interaktion zwischen Unternehmen und dem Staat am Anfang und am Ende des Spektrums einer Lieferkette. Am Anfang steht die Produktion. In dieser Phase kommt es am meisten zu schädlichen Umweltbeeinträchtigungen. Um in diesem Abschnitt der Lieferkette ungestört agieren zu können, ist es also für ein Unternehmen erforderlich, schon hier mit den einschlägigen staatlichen Einrichtungen zusammenzuwirken. In dieser Phase lassen sich die schädlichen Strukturen insbesondere von dem Konzept des *State-Corporate Crime* darstellen (3.1). Der nächste entscheidende Berührungspunkt befindet sich am Ende des Spektrums und ist zwar am weitesten von jeglicher Umweltzerstörung entfernt, hat aber zugleich den größten Einfluss auf diese. Dabei handelt es sich um das deviante Verhalten in der Legislative. Um dieses unerwünschte Verhalten darzustellen, muss sich mit dem Begriff des *Lobbyismus* auseinandergesetzt werden (3.2). Der Lobbyismus bildet eine Art Bindungsstelle, die die Kommunikation zwischen Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern ermöglicht. Zuletzt ist an diesem Berührungspunkt auch das Konzept der *Normgenese* zu verorten (3.3). Anhand dieser kriminologischen Figur soll sich der Rolle der gesellschaftlichen Wertbildung und dessen Einfluss auf die Gesetzgebung gewidmet werden.

3.1 *State-Corporate Crime*

State-Corporate Crime beschreibt das schädliche Zusammenwirken von wirtschaftlichen Akteuren mit der Regierung und der Gesetzgebung (Böhm, 2023, S. 50).⁸ Die gefährliche Wirkung solcher Zusammenschlüsse äußert sich meistens in sozialen und insbesondere in umweltschädlichen Konsequenzen (Kramer/Michalowski, 2012, S. 76). Der Austausch zeichnet sich dadurch aus, dass der Staat seine Institutionen innerhalb einer devianten, interorganisatorischen Beziehung zum Vorteil von Unternehmen einsetzt (Kramer/Michalowski/Kauzlarich, 2002, S. 271; Böhm, 2023, S.

⁸ Vertiefend zu dem Konzept *State-Corporate Crime* und vor allem dessen Implementierung in der deutschsprachigen Kriminologie siehe Holzer, 2022, o.S.

69). Zwischen diesen beiden Akteuren besteht von Grund auf eine enge Verbindung, da Unternehmen einerseits innerhalb der bestehenden Regulierungen und Infrastrukturen agieren müssen und die Regierung andererseits genau diese Elemente der Gesellschaft kontrolliert (Bernat/Whyte, 2020, S. 132). Kann also ein gemeinsames und somit für beide Parteien vorteilhaftes Ziel durch das Abstimmen dieser zwei Elemente aufeinander erreicht werden, so kann es zu dem als *State-Corporate Crime* beschriebenen devianten Interaktion kommen (Bernat/Whyte, 2020, S. 132). Im Regelfall profitiert die Regierung aus diesem Zusammenspiel, indem der eigene Haushalt finanziert wird. Für das Unternehmen bedeutet die Interaktion einen höheren Profit (Schmidt, 2022, S. 10).

Raymond J. Kramer und Ronald C. Michalowski, die zwei wichtigsten Vertreter dieser Theorie (Kramer/Michalowski, 2006) setzen nun die soeben beschriebenen Vorgänge auf zwei Wegen in Verbindung mit dem Klimawandel. Dabei unterscheiden sie zwischen *mitigation* und *adaptation* (Kramer/Michalowski, 2012, S.77 f.). Die Theorie unterstellt den Akteuren, durch ihr Zusammenwirken negativ auf globale Erwärmung einzuwirken, indem sie nicht nur gegen die Absenkung von Emissionen (*mitigation*) handeln, sondern auch eine Anpassung (*adaptation*) an die bereits entstandenen oder noch auftretenden Effekte des Klimawandels verhindern. Beide Varianten sind nach Kramer und Michalowski durch aktives Handeln (*comission*), aber auch durch ein Unterlassen möglich (*omission*). Dieses Konzept ermöglicht es also zu untersuchen, wann Regierungen aktiv schädliches Verhalten von Unternehmen unterstützt oder die Möglichkeit außer Acht gelassen haben, ein solches Verhalten zu unterbinden. Diese Strukturen kommen insbesondere am Anfang von internationalen Lieferketten zum Vorschein. Dort wird das Zusammenwirken von staatlichen Einrichtungen und Unternehmen durch Korruption und ungleicher Machtverteilungen besonders begünstigt und somit nicht nur kontinuierlich durch schädliche Produktionspraktiken fortgeführt, sondern teilweise auch ausgeweitet (Kramer/Michalowski, 2012, S. 78).

Beschäftigt man sich mit der Interaktion zwischen Unternehmen und Staat, ist es wichtig festzuhalten, dass nicht nur ausdrücklich rechtswidrige Praktiken einen schädlichen Einfluss auf die Umwelt nehmen können. Vielmehr erfasst der Ansatz von *State-Corporate Crime* auch grundsätzlich erlaubte, aber nicht zu billigenden Methoden des Zusammenspiels dieser Akteure. Eine besonders großer Graubereich bildet sich vor allem im Sektor der Gesetzgebung ab. In welchen Konstellationen die Interessenvertretung durch Lobbyismus überspannt wird und als deviant einzustufen ist, wird folgend untersucht.

3.2 Devianter Lobbyismus

Lobbyismus stellt grundsätzlich eine legale Methode der Interessensvertretung dar, bei der sich mehrere Akteure aus der Wirtschaft zu Verbänden zusammenschließen, um ihre Interessenspolitik der staatlichen Regierungsvertretung vorzutragen (Schmidt, 2022, S. 12). Dabei kann man grundsätzlich in direkte und indirekte Lobbyarbeit kategorisieren (Anders, 2019, S. 4 ff.). Direkte Lobbyarbeit bezeichnet die nicht-öffentliche Interaktion zwischen den Interessengruppen und den Entscheidungsträgern (Harstad/Svensson, 2011, S. 46; Anders, 2019, S. 5). Bei indirekter Lobbyarbeit handelt es sich hingegen um das exakte Gegenstück, indem der Adressat die breite Öffentlichkeit ist. Dadurch sollen die Entscheidungsträger mit der Öffentlichkeit als Medium in eine bestimmte Richtung gelenkt werden (Anders, 2019, S. 6). In beide Richtungen herrschen aber bestimmte Grenzen der Zumutbarkeit einer Beeinflussung. Daher ist eine Grenzziehung zwischen legitimem und illegitimem Lobbyismus essenziell. Nach Ulrich von Alemann und Florian Eckert

muss für die Unterscheidung in eine weiße, schwarze und graue Zone des Lobbyismus unterteilt werden (von Alemann/Eckert, 2006, S. 7). Während in der weißen Zone alle legalen und erwünschten Verhaltensweisen der Interessenpolitik eingeordnet werden, die einen sinnvollen Beitrag zur Konsensbildung und Konfliktaustragung leisten, befinden sich in der schwarzen Zone alle offensichtlich illegalen und mit unzumutbarer Pressuren ausgeübten Einflussnahmen (Schulz/Fischer, 2020, S. 6; von Alemann/Eckert, 2006, S. 7). Anders verhält es sich hingegen in der grauen Zone des Lobbyismus. Dieser Sektor ist im Vergleich zu den soeben beschriebenen Kategorien amorph und lässt sich demnach nicht klar abgrenzen (Schmidt, 2022, S. 12). Hauptsächlich ist für die Zuordnung eines Verhaltens in diese Zone die öffentliche Meinung und Akzeptanz entscheidend und nicht eine klare Illegalität. Neben sogenannten Einfluss Spenden, die mit einer bestimmten Handlungserwartung verbunden sind, zählt auch das Erzeugen von politischen Drucksituationen durch Drohung oder drohungsähnlichem Verhalten zu einem klaren Verlassen der weißen Zone und sollte deshalb keineswegs in einer Demokratie legitimiert werden (von Alemann/Eckert, 2006, S. 8 f.).

Obwohl diese beispielhafte Abgrenzung einleuchtet und klar konturiert erscheint, ist das Verlassen der Grauzone und das Betreten der schwarzen Zone keineswegs einfach zu identifizieren. Die Grenzziehung zwischen notwendiger und devianter Lobbyarbeit fällt deshalb sehr schwer, weil politische Entscheidungsprozesse nicht transparent genug gestaltet sind (Schmidt, 2022, S. 13).

Um dennoch eine Einteilung vornehmen zu können, soll folgend ein Maßstab eingeführt werden, der bei einer Unterteilung helfen kann. Dieser Maßstab ergibt sich aus einer hypothetischen Meinung der Öffentlichkeit. Da die Bürger und Wähler für die Bestimmung ihrer Volksvertretung zuständig sind, sollten sie im Optimum die Entscheidungsgewalt darüber haben, wo die Grenzen zu unerwünschten und in einem Rechtsstaat nicht mehr legitimierbaren Lobbyarbeiten verlaufen. Dementsprechend erscheint es sinnvoll, diesen Maßstab anhand der gesellschaftlichen Wertorientierung auszurichten, da nur auf diesem Weg auch die aktuellen Werte und Standpunkte der Gesellschaft entsprechend berücksichtigt werden können (Anders, 2019, S. 15; von Alemann/Eckert, 2006, S. 7). Es wird also eine Art moralische Bewertung vorgenommen (Anders, 2019, S. 13). Problematisch ist jedoch, dass bestimmte Praktiken durch ihre Intransparenz zunächst einen unbedenklichen Eindruck erwecken, um eben genau so einen Widerspruch mit der öffentlichen Meinung zu verschleiern. Für die Garantie gewissenhafter Entscheidungen in einem Meinungskampf, muss die Gesellschaft wissen, wer informativ und wer manipulativ auf sie einwirken will (von Alemann/Eckert, 2006, S. 9). Für eine Bewertung nach der öffentlichen Meinung muss also zunächst das fragliche Verhalten auf seinen eigentlichen Kern reduziert werden.⁹ Wichtig ist, dass bei dieser Reduktion eine gewisse Objektivität zu bewahren ist. Während man das tatsächlich verfolgte Ziel erforschen will, darf das eigentliche Verhalten nicht in Kategorien gebeugt werden, die nicht vorliegen. Ist der Kern eines Verhaltens aber herausgearbeitet, so bleibt nur noch übrig, diesen nach der hypothetischen öffentlichen Meinung zu beurteilen. Eine Einteilung in die schwarze Zone sollte sich aber nicht bereits aus dem täuschenden Verhalten ergeben, da dieser sehr extensive Ansatz auch sicherlich Fälle erfassen würde, die durch

⁹ Wie Carsten Momsen darlegt, ist ein unregulierter Lobbyismus eine Gefahr an sich. Um einen fairen und gerechten öffentlichen Diskurs zu gewähren, ist es notwendig bestimmte Grundregeln festzusetzen wie beispielsweise eine gleiche Chancen- und Beteiligungsmöglichkeit unter den entscheidenden Parteien (Momsen, 2022, S. 88 f.). Wie die in dieser Arbeit zugrunde gelegte Annahme der Verschleierung bestimmter Sachverhalte aber zeigt, können diese Regeln nicht ihren Zweck erfüllen, bis eine Offenlegung der tatsächlichen Umstände stattgefunden hat.

einfache Fehler oder Fehlinterpretationen entstanden sind. Eine Kategorisierung in die schwarze Zone sollte nur dann geschehen, wenn der tatsächliche Kern des Verhaltens nach der Beurteilung durch die hypothetische öffentliche Meinung als Verwerflich anzusehen ist und bei einer Art rechtmäßigen Alternativverhalten durch volle Transparenz auch auf keine Zustimmung getroffen hätte.

Setzt man sich mit dem Graubereich des Lobbyismus auseinander, so erkennt man, dass eine Kategorisierung in ein deviantes Verhalten aufgrund eines fehlenden Maßstabs sehr kompliziert sein kann. Zieht man aber wie soeben beschrieben die Wertorientierung einer Gesellschaft als Beurteilungsmaßstab heran, so wird die öffentliche Meinung in eine wichtige Position befördert. Stellt nämlich die allgemeine Wertvorstellung die Grundlage für die Bestimmung von deviantem Verhalten dar, so kann sie auch *e contrario* durch Manipulation zur Legitimierung von eigentlich deviantem Verhalten benutzt werden. Wie sich dieses Problem in der Dynamik zwischen Individualinteressen und der gesellschaftlichen Wertorientierung verhält, wird anhand der Normgenese untersucht.

3.3 Normgenese

Die Normgenese befasst sich mit dem Prozess der Bildung und Weiterentwicklung von Normen. Dieser Bereich der Forschung ist unverzichtbar für die Kriminologie, da die Gesetzgebung als logische Vorstufe des geltenden Rechts einen wichtigen Blick auf die Gesellschaft zulässt. Dieses Konzept versucht zu erklären, welche Interessen am meisten in die Gesetzgebung hineinfließen und welche Akteure am ehesten Einfluss auf diese nehmen können.

Grundsätzlich kann mit *Sebastian Scheerer* (1979, S. 399) festgestellt werden, dass das Strafrecht nicht monolithisch ist, sondern sowohl allgemeinen als auch vereinzelt Interessen dient.¹⁰ Als zu oberflächlich und vereinfacht wird das Konsensmodell kategorisiert. Dieses Modell stützt die Normgenese einer Gesellschaft auf das Allgemeininteresse und den Gesamtwillen der Mitglieder. Nach dieser Theorie entwickelt sich also das geltende Recht organisch-evolutionär nach den aktuellen moralischen Belangen einer Gesellschaft. Dieser sehr idealistische Ansatz wird weitestgehend von dem Konfliktmodell verdrängt. Dabei wird theoretisiert, dass die Normgenese vor allem auf mächtige Einzelinteressen zurückzuführen ist. Nach diesem Modell herrscht in einer Gesellschaft nie ein einheitlicher Wertkonsens, sondern eher ein Konfliktverhältnis zwischen bestimmten Gruppen, die alle ihre eigenen Interessen gegenüber den anderen durchsetzen wollen. Da sich im Strafrecht sowohl Allgemein- als auch Einzelinteressen finden lassen, ist wohl keiner der beiden Theorien vollständig zu folgen.

Eine besonders interessante und im heutigen Kontext der Umweltkriminalität relevante Erscheinung in der Normgenese ist, die nach *Scheerer* zu beobachtende vermehrte Entstehung von Strafgesetzen nach einer starken Beunruhigung in der Öffentlichkeit. Besteht etwa eine (vermeintliche) Bedrohung, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregt und sich anschließend in eine konkrete Forderung an den Gesetzgeber verwandelt (z.B. durch sozial-organisierten Gruppen), so steigt die Wahrscheinlichkeit der Legislative aktiv zu werden enorm an. *Scheerer* schreibt in diesem Prozess des Zusammenschlusses von Individualinteressen der Wissenschaft eine große Rolle zu. Nach seiner Meinung steht einer Gesetzesinitiative so gut wie

¹⁰ Im Folgenden werden alle Ausführungen zur Normgenese anhand von Scheerer, 1979, S. 399-401, dargestellt.

nichts mehr im Wege, wenn die Interessengruppe es schafft, ihre Forderung mit wissenschaftlichen Fakten und Belegen zu substantiieren.¹¹

Ein weiterer wichtiger Faktor in diesem Modell des Interessenzusammenschlusses ist laut *Scheerer* die Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Eine solche Interessenbewegung kann nämlich am effektivsten unterbunden werden, wenn auf eine kollektive Meinung auch mit einem kollektiven Gegenmittel reagiert wird. Schließen sich also viele Personen zu einer einheitlichen Wertvorstellung zusammen, kann auch auf die öffentliche Meinung am besten durch die Beeinflussung von Massenmedien, Wissenschaft oder Politik eingewirkt werden. Vertritt etwa ein Teil der Konfliktbeteiligten nicht die Ansicht der Allgemeinheit, so kann eine gezielte Einflussnahme auf die Berichterstattung und die Förderung von Projekten mit entgegenstehenden Interessen stark in die kriminalpolitische Meinung der Gesellschaft eingreifen. Das Potenzial für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung variiert jedoch von Gesellschaft zu Gesellschaft.

Wie also auch die Normgenese erkennen lässt, ist die öffentliche Meinungsbildung ein entscheidendes Werkzeug in dem Entstehungsprozess von Normen. Während *Scheerer* einerseits darstellt, dass sich in Krisenzeiten die öffentliche Meinung über wirkungsreiche Individualinteressen hinwegsetzen kann, wird zugleich auch aufgeführt, dass in Konfliktsituationen zwischen Individualinteressen und dem Interesse der Allgemeinheit die Manipulation der öffentlichen Meinung starken Einfluss auf die Normgenese ermöglicht (*Kramer/Michalowski*, 2012, S. 79 f.). Diese dynamische Beziehung zwischen den beiden Seiten des Meinungsspektrums einer Gesellschaft bildet den Dreh- und Angelpunkt der Gesetzesbildung. Entscheidend ist, welchem Druck die Legislative im Ergebnis nachgibt und somit das Durchsetzen der Interessen ermöglicht (*Bondolfi*, 2000, S. 16 f.).

4. Fallinterpretation am Beispiel von Cargill

Der folgende Abschnitt stellt den Kern der Arbeit dar und soll anhand des Beispiels *Cargill* die tatsächlichen Probleme im Wirtschaftskreislauf eines landwirtschaftlichen Unternehmens darstellen. Dafür sollen drei der HAUPTERSCHEINUNGSFORMEN des umweltschädlichen Innovationsverhaltens untersucht werden. Namentlich wie sich Unternehmen fehlende Regulierungs- und Sanktionsverhalten zu Nutzen machen, dabei die Entstehung von internationale Lieferketten das Problem zuspitzen und letztendlich Lobbyarbeiten Gegenmaßnahmen unterdrücken. Die soeben dargestellten kriminologischen Ansätze treten dabei als Interpretationsinstrumente in Erscheinung. Im ersten Punkt soll grundsätzlich ein konkretes Beispiel der Umweltkriminalität aufgegriffen und erörtert werden (4.1). Anschließend ist dieses Problem auf internationaler Ebene zu untersuchen. Dabei sollen die schädlichen Strukturen anhand des Konzepts von *State-Corporate Crime* dargestellt werden, die das problematische Verhalten ermöglichen und vorantreiben (4.2). Der letzte Punkt widmet sich der Gesetzgebung, die unmittelbar mit der Problematik der Umweltkriminalität zusammenhängt. Dabei soll anhand eines aktuellen Gesetzesvorschlags der EU-Kommission untersucht werden, inwiefern die Ansätze von

¹¹ In einem von dem *Student Series of Criminology* Team durchgeführten Interview mit Sebastian Scheerer über die aktuelle Drogenpolitik in Deutschland vertritt Scheerer die Meinung, dass bei Fragestellungen, die verstärkt das Interesse der Öffentlichkeit erregen, eine offene Gegenüberstellung der verschiedenen Meinungen zu erfolgen hat. Erarbeitet sich nämlich die Gesellschaft eine neue Wertvorstellung, so sei es wichtig, auf die Bedürfnisse der Gesellschaft zu hören und sich nicht dem Prozess der Weiterentwicklung entgegenzustellen (*StuCrim-Team*, 2023, S. 10).

deviantem Lobbyismus und der Normgenese ihre Anwendung finden und eine Kategorisierung sowie eine Erklärung für die zugrundeliegenden Probleme dieser Gesetzesinitiative gegen die Umweltkriminalität ermöglichen (4.3).

4.1 Fehlendes Sanktions- und Regulierungsverhalten

Das erste relevante Innovationsverhalten bei der Verbindung von Cargill mit dem Thema des Mutualismus zwischen Unternehmen und Staat ist das fehlende Sanktions- und Regulierungsverhalten. Dabei soll untersucht werden, in welchen Konstellationen Cargill gegen Vorschriften von Staaten verstoßen hat oder etwaige Graubereiche von Regulierungslücken zu seinem Vorteil verwendet.

Cargill ist nach Schätzungen mit einer Handvoll anderer Unternehmen für 90 % des weltweiten Getreidehandels zuständig (IPES-Food, 2022; Heinrich Böll Stiftung, 2017; Oxfam, 2012). Die Reichweite von Cargill erstreckt sich jedoch nicht nur auf Getreide, sondern auch auf den gesamten Agrarhandel. Beispielsweise gehört das Privatunternehmen zu den größten Exporteuren von Soja aus Südamerika nach Europa (Yousefi et al., 2018, S. 9).¹² Soja ist ein essenzieller Teil der Massentierhaltung und kommt überwiegend in der Fleischproduktion als Futtermittel zum Einsatz (WWF, 2020). Problematisch ist, dass für den Anbau von enormen Mengen an Soja auch entsprechend große Plantagen erforderlich sind. Die Verbindung zu dem umweltschädlichen Verhalten ergibt sich also aus der Schaffung von Ackerflächen – um eine große Produktion am Laufen zu halten, spielt Cargill eine direkte Rolle bei der Abholzung von Wäldern und der Zerstörung von unerlässlichen Ökosystemen, indem Plantagenbesitzer durch finanzielle Hilfe, Infrastruktur, Düngemittel und weiteren Anreizen zur Ausweitung ihrer Anlagen bewegt werden (WWF, 2020; Yousefi et al., 2018, S. 10). Verwunderlich ist, dass dieses Vorgehen konsequenzlos toleriert wird. Ermöglicht wird das durch fehlende gesetzliche Regelungen und Vorgaben für die Dokumentation der Herkunft von den Erzeugnissen der Agrarunternehmen (Yousefi et al., 2018, S. 10). Zudem ist auch kein Nachweis darüber erforderlich, dass die Sojabohnen aus einer legalen Produktion stammen (Yousefi et al., 2018, S. 10).¹³ Auf genauere Nachfrage im Rahmen eines Forschungsprojektes bezüglich der Lieferkette von den Produkten wurden von Cargill ein Zusammenhang mit den gerodeten Flächen abgestritten und es konnten auch keine Nachweise über die Nachverfolgbarkeit erbracht werden (Yousefi et al., 2018, S. 10). Dieses Problem beschränkt sich aber keineswegs nur auf das Produktionsland. Unter anderem haben auch deutsche Unternehmen, die von Cargill beliefert werden, keine Möglichkeit mit Sicherheit festzustellen, ob ihre Waren im Zusammenhang mit Waldrodungen hergestellt wurden. Infolgedessen können Unternehmen, die ihre Produkte von Cargill beziehen und Wert darauf legen, dass ihre Lieferketten keine umweltschädlichen Strukturen aufweisen, nur blind ihre Verbindungen kappen. Außerdem ist zu beachten, dass es für Unternehmen, die von Cargill beliefert werden, aufgrund der Dominanz auf dem Markt kein großer Entscheidungsspielraum für Alternativen bleibt. Hinzu kommt, dass diese Unternehmen sich auch öffentlich zu einer „Null-Entwaldung“ Lieferkette verpflichtet haben,

¹² *Globale Landwirtschaft*, Die globale Lieferkette von Soja (2020), verfügbar unter <<https://www.globale-landwirtschaft.de/fact-sheets/die-globale-lieferkette-von-soja/>> (zuletzt abgerufen am 26.02.2023).

¹³ *Mighty Earth*, Cargill Hides its Deforestation Impacts in Misleading Report, 15.07.2020, verfügbar unter <<https://www.mightyearth.org/Cargill-Hides-its-Deforestation-Impacts-in-Misleading-Report>> (zuletzt abgerufen am 16.03.2023).

um ihr Image als klimafreundliche Vereinigung aufrechtzuerhalten.¹⁴ Das macht es für die belieferten Unternehmen auch leichter, keine Bedenken bezüglich der Herkunft von den Produkten zu äußern.¹⁵

4.2 Internationale Lieferketten

Das zweite hier aufzugreifende Innovationsverhalten ist die Problematik der internationalen Lieferketten zwischen den Produzenten und den Verkäufern. Je mehr Länder an einer Lieferkette beteiligt sind, desto mehr juristische Territorien werden auch Berührungspunkte für potenzielle Maßnahmen. Jedoch scheidet eine einheitliche und unkomplizierte Lösung bei einer vielfältigen Beteiligung von Staaten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aus.¹⁶

Um beispielsweise die soeben beschriebenen Regulierungslücke der Waldrodung für Soja zu schließen, könnte man zunächst an eine gesetzliche Regelung im Produktionsland denken, um intransparente Herstellungs- und Lieferketten zu regulieren. Dieser Ansatz scheint leider nicht vielversprechend, da im Normalfall das Herstellungsgebiet wegen niedrigen Produktionskosten in ärmere Gegenden verlagert wird. Besonders in so einem Umfeld haben reiche Unternehmen leichtere Einflussmöglichkeiten, um ihre Interessen auch unter Inkaufnahme von Rechtsverletzungen zu verfolgen.¹⁷ Namentlich haben beispielsweise Greenpeace und andere Organisationen in Argentinien entdeckt, dass von der Provinzregierung Salta gestellte Lizenzen es Unternehmen ermöglicht haben, fast 150.000 Hektar an geschütztem Wald abzuholzen.¹⁸ Dabei wurde auch nationales Recht verletzt. Die Ausstellung von solchen Lizenzen ist illegal, wenn es sich bei den betroffenen Wäldern um einen geschützten Bereich nach der argentinischen Gesetzeslage handelt.¹⁹ Im vorliegenden Fall wurde jedoch berichtet, dass die Regierung dieses

¹⁴ *Cargill-Webseite*, Sustainability, verfügbar unter <<https://www.cargill.com/sustainability/Deforestation>> (zuletzt abgerufen am 11.12.2022); *New York Times*, From Environmental Leader to 'Worst Company in the World', (29.07.2019), verfügbar unter <<https://www.nytimes.com/2019/07/29/business/brazil-deforestation-cargill.html>> (zuletzt abgerufen am 16.03.2023).

¹⁵ *Unearthed*, Agribusiness giant again linked to Amazon deforestation (14.01.2022), verfügbar unter <<https://unearthed.greenpeace.org/2022/01/14/agribusiness-giant-cargill-amazon-deforestation/>> (zuletzt abgerufen am 16.03.2023).

¹⁶ Zu diesem Schluss gelangt auch *Markus Krajewski* bei der Untersuchung von transnationalen Regulierungen von Wirtschaftsbeziehungen zum Schutz von Menschenrechten. Obwohl der sogenannte „Gaststaat“ die unmittelbare rechtliche Zuständigkeit zur Umsetzung von Schutzpflichten besitzt, scheitert die faktische Ausführung oft an mehreren Faktoren. Zum einen ist das Rechts- und Verwaltungssystem in den betroffenen (Produktions-)Länder oft nicht fortgeschritten genug, um wirksam solche Regulierungen zu implementieren. Das Hauptproblem ist jedoch, dass die betroffenen Länder erst gar nicht strengere Schutzmaßnahmen einführen wollen, da unternehmerische Aktivitäten im Land eher gefördert werden sollen (Krajewski, 2018, S. 104).

¹⁷ *Mighty Earth*, Cargill: Das Schlimmste Unternehmen der Welt, *supra* Fn. 4.

¹⁸ *Earthsight*, Ministry confirms illegality of deforestation in farms owned by Argentina businessman, (29.12.2018), verfügbar unter <<https://www.earthsight.org.uk/news/idm/ministry-confirms-illegality-deforestation-farms-owned-politically-connected-businessman-argentina>> (zuletzt abgerufen am 11.12.2022); Auch Cargill wurde (überwiegend in Brasilien) vermehrt mit illegalen Abholzungen in Verbindung gebracht *Unearthed*, British supermarket cheese linked to catastrophic deforestation in Brazil, (13.10.2021), verfügbar unter <<https://unearthed.greenpeace.org/2021/10/13/cargill-deforestation-brazil-uk-dairy-cadbury-cheese/>> (zuletzt abgerufen am 26.02.2023).

¹⁹ *Earthsight*, Greenpeace alleges political collusion behind illegal deforestation for soy in Argentina (23.01.2018), verfügbar unter <<https://www.earthsight.org.uk/news/idm/greenpeace-alleges-political-collusion-behind-illegal-deforestation-soy-cultivation-northern-argentina>> (zuletzt abgerufen am 24.01.2023).

Verbot umgangen hat, indem die geschützten Bereiche neu eingestuft und somit der Abholzung freigegeben wurden.²⁰

Das Beispiel von fehlenden Transparenzerfordernissen bei der Produktion von Soja und die Lizenzierung von Waldrodungen stellen Fälle dar, die sich nach dem Konzept von *State-Corporate Crime* interpretieren lassen. Anhand dieser Beispiele lassen sich wichtige Schlüsse für das Entgegenwirken ziehen. Zum einen zeigt sich deutlich, dass die Produktion von landwirtschaftlichen Erträgen in beide Richtungen profitabel ist. Fallen nämlich, wie in der Theorie von *State-Corporate Crime* beschrieben, die Ziele von Staat und Unternehmen zusammen, so ist es für die Regierung möglich durch gezieltes Eingreifen in die zugrundeliegenden Regeln und Gesetze einen mutualistischen Weg zu bilden. Zum anderen können auch die Vorgehensweisen dieser schädlichen Beziehung nach der kriminologischen Theorie kategorisiert werden.

Die fehlenden Transparenz- und Offenlegungserfordernisse der Produktionsherkunft lassen sich beispielsweise als passives Verhindern der Anpassung einstufen. Obwohl der Zusammenhang zwischen vom Menschen verschuldeten Waldrodungen und dem Klimawandel bestätigt worden ist (IPCC, 2013; IPCC, 2014; IPCC, 2023), sind nicht ausreichende Gegenmaßnahmen seitens der Regierungen im Produktionsland zu finden (Yousefi et al., 2018, S. 9 f.).²¹ Ob dieses Unterlassen auf Druckausübung, eigenem Profit oder sonstigen Beweggründen beruht ist unklar und schwer einzuordnen. Es steht jedoch fest, dass die Niederlassung von großen landwirtschaftlichen Exporteuren im eigenen Land viele Vorteile mit sich bringt (Böhm, 2023, S. 81; Krajewski, 2018, S. 104).²²

Diese Annahme unterstützt auch das zuvor benannte Beispiel der Provinzregierung Salta. In diesem Fall wurde nämlich nicht nur passiv ein deviantes Verhalten der Unternehmen ermöglicht, sondern es wurde laut den Berichten aktiv durch das Ausstellen von Lizenzen auf die Waldrodung hingewirkt. Obwohl der erste logische Gedanke wäre, Gesetzesinitiativen einzuleiten, die solchen Vorgängen entgegenwirken, lässt die starke Präsenz von staatsinternem Zusammenwirken mit Unternehmen vermuten, dass Gegenmaßnahmen vor Ort wenig bis keine positiven Einwirkungen erwarten lassen würden. Durch die enge Verbindung, die in solchen Produktionsländern zum Vorschein kommt, ist die Interessenlage zwischen den Exporteuren und der Regierung ausgeglichen, da beide voneinander profitieren und eine Einschränkung der einen Partei auch unweigerlich zur Schädigung der eigenen Interessen führen würde. Die Regulierungen und Sanktionen müssen also für eine tatsächliche Einschränkung nach außen verlagert werden. Ein anderer denkbarer Ansatz wäre es, solche Maßnahmen in dem Land einzuführen, wo die Verarbeitung und der Verkauf stattfinden. Aber auch dieser Versuch würde vermutlich an einer fehlenden Einheitlichkeit scheitern: Würde ein Land beispielsweise eigenständig die Annahme von nicht rückverfolgbaren Waren verbieten oder gar unter Sanktion stellen, so würde dies aufgrund der Dominanz von Cargill eher negative Auswirkungen auf das Land selbst haben anstatt auf die

²⁰ *Greenpeace Argentina*, En Salta cuando se trata de los bosques hay una asociación ilícita (15.12.2017), verfügbar unter <<https://wayback.archive-it.org/9650/20200405123811/http://p3-raw.greenpeace.org/argentina/es/noticias/Greenpeace-En-Salta-cuando-se-trata-de-los-bosques-hay-una-asociacion-ilicita/>> (zuletzt abgerufen am 24.01.2023); *Earthsight*, Greenpeace alleges political collusion, *supra* Fn. 19.

²¹ *Mighty Earth*, Cargill Hides its Deforestation Impacts, *supra* Fn. 13.

²² Zur Entwicklung der Dynamik zwischen Staaten und Unternehmen durch transnationale Beziehungen zum Vorteil für beide Seiten siehe *Makronom*, Wer ist mächtiger – Staaten oder Konzerne (19.07.2018), verfügbar unter <<https://makronom.de/wer-ist-maechtiger-staaten-oder-konzerne-27317>> (zuletzt abgerufen am 24.01.2023).

Unternehmen. Um diese ungleiche Machtverteilung ins Gleichgewicht zu schieben, müsste man die weitreichende Regulierungsmacht der Europäischen Union nutzen, um gleichzeitig mehrere Länder von der Unterstützung solcher Unternehmen abzuhalten. Am effektivsten wäre beispielsweise die Umsetzungspflicht eines Transparenzgebots, sodass nur Waren in die Europäische Union geliefert werden können, die auch nachweislich nach legalen Produktionsvorgaben hergestellt worden sind.²³

4.3 UN-Klimakonferenz

Ein einheitlicher Ansatz durch transnationale Regulierungen scheint also ein besserer Anknüpfungspunkt zu sein, als Vorkehrungen im Produktionsland zu treffen. Jedoch lassen sich auch bei der Durchsetzung solcher Regulierungen und Sanktionen Strukturen finden, die auf *State-Corporate Crime* hindeuten könnten. Auffälligkeit zeigen sich insbesondere im Lobbyverhalten der Unternehmen, wenn es darum geht, sich mit übergreifenden Regelungen auseinanderzusetzen. Das aktuellste Ereignis in diesem Bereich fand bei der UN-Klimakonferenz 2021 (COP 26) in Glasgow statt.²⁴ Dort legte die Europäische Union einen Gesetzesvorschlag vor, der mehr Transparenz in die Belieferung von europäischen Unternehmen bringen soll. Dieses Gesetz wäre das erste seiner Art und würde die Unternehmen zur Darlegung ihrer Lieferketten zwingen, um nachzuweisen, dass ihre Produkte nicht im Zusammenhang mit illegalen Abholzungen hergestellt wurden. Gelingt dem Unternehmen ein solcher Nachweis nicht, kann es seine Produkte auch nicht an den europäischen Markt liefern.²⁵

Noch vor dem Ende des COP 26 wurde in einem Bericht von den drei größten landwirtschaftlichen Handelsverbänden²⁶ das Wort an Frans Timmermans, den Kommissar für Klimaschutz gerichtet.²⁷ In diesem Bericht wird der Gesetzesvorschlag als ineffektiv kritisiert. Die Handelsverbände behaupteten, dass dieses Gesetz nur für schwerwiegende Preiserhöhungen und Probleme in der Beschaffung von Produkten sorgen würden. Dennoch sprachen sich die Verbände für den Klimaschutz durch die Senkung von Entwaldung aus. Es wurde sogar in einem „statement of purpose“ versprochen bis COP 27 (11.2022) einen gemeinsamen Plan zu erstellen, durch den sich die Unternehmen an die 1.5 Grad Celsius Grenze²⁸ halten können (mehr dazu unten unter

²³ In dem Sinne auch das aktuell sehr häufig diskutierte Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz – LkSG). Das zum 01.01.2023 in Kraft getretene Gesetz zeigt eine aus dem Produktionsland ausgelagerte Regulierung. Neben Menschenrechtsverletzungen sollen durch das Gesetz auch umweltschädliche Praktiken aus deutschen Lieferketten beseitigt werden (§ 2 IV S. 2 LkSG). (BMZ, 2023a). Das LkSG zeigt somit, dass die Umsetzung des Konzepts einer transnationalen Regelung grundsätzlich möglich ist.

²⁴ *UN climate change conference UK 2021*, (12.11.2021) verfügbar unter <<https://ukcop26.org/>> (zuletzt abgerufen am 11.12.2022).

²⁵ *Unearthed*, Soya giants lobbied against deforestation rules during COP26, (04.03.2022), verfügbar unter <<https://unearthed.greenpeace.org/2022/03/04/eu-deforestation-lobbying-cop26/>> (zuletzt abgerufen am 11.12.2022).

²⁶ Namentlich sind Cocal, Fediol und Fefac die führenden landwirtschaftlichen Handelsverbände, siehe *Unearthed*, Soya giants lobbied against deforestation rules, *supra* Fn. 25.

²⁷ *Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union*, verfügbar unter <https://op.europa.eu/de/web/who-is-who/organization/-/organization/COM_CAB/COM_CRF_248656> (zuletzt abgerufen am 11.12.2022).

²⁸ In dem gemeinsamen Klimaabkommen von Paris (12.12.2015) verpflichteten sich 195 Staaten, die Weltwirtschaft klimafreundlicher zu gestalten. Konkret soll das Übereinkommen den weltweiten Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter beschränken. Dieses Ziel soll erreicht werden, indem nicht mehr umweltschädliche Emissionen ausgestoßen werden, als der Atmosphäre auch wieder entzogen werden kann (sog. Treibhaus-Neutralität) (BMZ, 2023b).

4.3.2.).²⁹ Im Bericht ließen sich aber zum aktuellen Zeitpunkt keine konkreten Ansätze für einen Vorschlag finden.³⁰ Hauptsächlich wurde nur kritisiert, dass die Anforderungen der EU-Kommission für eine separate, abholzungsfreie Lieferkette für den europäischen Markt technisch und tatsächlich nicht umsetzbar sei. Viele Landwirte würden laut den Handelsverbänden ihre landwirtschaftlichen Produktionsflächen verlassen oder ihre Produkte an einen anderen Markt liefern lassen, um nicht mit den erhöhten Anforderungen durch das neue Gesetz konfrontiert zu werden.³¹ Des Weiteren sind die Verbände mit der Nachverfolgbarkeitsanforderung an ihre Lieferketten nicht zufrieden. Es wird kritisiert, dass die Beschaffung solcher Informationen ein erhebliches Datenschutzproblem darstellt und dass manche Landwirte von ihren Produktionsstätten keine vertraulichen Daten mit ihnen teilen würden.³²

Dass die landwirtschaftlichen Handelsverbände nicht von der avisierten Transparenz des europäischen Marktes überzeugt sind, zeigt sich nicht nur in dem Bericht, sondern auch in den handelnden Akteuren dieser Verbände. Drei von den vier größten Lieferanten von Soja für den europäischen Markt, darunter auch Cargill,³³ sind im Vorstand von zwei der drei unterschreibenden Verbänden dieses Berichts und sind oder waren auch in Führungspositionen innerhalb des Vorstands dieser Verbände.³⁴ Von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments wird angemerkt, dass es keine Überraschung sei, dass die größten Sojalieferanten versuchten, durch Lobbyarbeiten Abholzungsregulierungen zu verhindern.³⁵

Die hier aufgeführte Interaktion zwischen der EU-Kommission und den Handelsverbänden ist sehr komplex und daher anhand der zuvor entwickelten Ansätze genauer zu untersuchen. Insbesondere ist sich dem Bericht der Handelsverbände an die Kommission (4.3.1.) und dem „statement of purpose“ der Unternehmen (4.3.2.) zu widmen.

Der Bericht spiegelt beinahe paradigmatisch die erwünschte Interessenvertretung durch Lobbyismus wieder. Der politische Dialog um ein beschränktes Themenspektrum soll gerade durch das Fachwissen von Vertreter dieses Spektrums vorangetrieben werden (Anders, 2019, S. 4 f.). In dem Bericht wird, wie soeben beschrieben, von den Handelsverbänden mitgeteilt, dass sie den im Raum stehenden Klimaschutzziel zwar ihre Zustimmung geben, jedoch die avisierte Umsetzung durch die EU-Kommission in dieser Form nicht den Erwartungen entsprechen würde.³⁶ In dem Sinne lautet der grundsätzliche Appell des Berichts an die Kommission, die Fachkenntnisse der Betriebe und Exporteure zu berücksichtigen, um das gemeinsame Ziel des Klimaschutzes, in diesem konkreten Fall die Beseitigung von Abholzungen aus den Lieferketten, zu ermöglichen. Anhand

²⁹ UN climate change conference UK 2021, Agricultural commodity, *supra* Fn. 24.

³⁰ *Unearthed*, Deforestation Letter intended for Frans Timmermans in the final days of COP26, (10.11.2021), S. 1, verfügbar unter <<https://s3.documentcloud.org/documents/21331902/deforestationletter.pdf>> (zuletzt abgerufen am 11.12.2022).

³¹ *Unearthed*, Deforestation Letter, *supra* Fn. 30, S. 2.

³² *Unearthed*, Soya giants lobbied against deforestation rules, *supra* Fn. 25.

³³ Namentlich dominieren AMD, Bunge, Cargill und Louis Dreyfus Company den landwirtschaftlichen Weltmarkt (teilweise auch als „ABCD“ bezeichnet) (Heinrich Böll Stiftung, 2017).

³⁴ *Fediol-Webseite*, Members of the Executive Board, verfügbar unter <<https://www.fediol.eu/web/members%20of%20the%20executive%20board/1011306087/list1187970091/f1.html>> (zuletzt abgerufen am 11.12.2022); *Coceral-Webseite*, Members of the Board, verfügbar unter <<http://www.coceral.com/web/the%20board/1011306087/list1187970222/f1.html>> (zuletzt abgerufen am 11.02.2023).

³⁵ *Unearthed*, Soya giants lobbied against deforestation rules, *supra* Fn. 25.

³⁶ *Unearthed*, Deforestation Letter, *supra* Fn. 30.

dieser Auslegung wäre der Bericht nach den Kategorisierungsmöglichkeiten des devianten Lobbyismus in den weißen Sektor zu verordnen.

Fraglich ist jedoch, ob dieser Appell auch dem tatsächlichen und eigentlichen Kern des Berichts entspricht. Um diesen Kern herauszuarbeiten, ist der Bericht auf seine Transparenz zu überprüfen und auszulegen – entspricht das Ergebnis dem soeben dargestellten Appell, so kann von unproblematischem Lobbyismus gesprochen werden. Ändern aber dem Bericht zugrundeliegende Tatsachen und Umstände diesen Appell, ist dieser entsprechend neu zu verordnen. Diese Untersuchungsfrage betrifft gleichzeitig auch die im Ausgangspunkt gestellte Vermutung, dass Strukturen von *State-Corporate Crime* auch im legislativen Bereich aufzufinden sind. Sollte sich an diesem Beispiel ein deviantes Lobbyverhalten bewahrheiten, so zeigt sich zumindest von der Seite des Unternehmens eine Geneigtheit, außerhalb der erlaubten Parametern zu handeln. Diese gefährliche „Vorstufe“ kann sich, wie in den Produktionsländern zu sehen ist, zu einem korrupten Zusammenwirken ausbreiten (Weschka, 2006, S. 628 f.; Krajewski, 2018, S. 104). Würde sich nämlich in der staatlichen Einrichtung eine Bindungsperson(en/gruppe) finden lassen, könnte sich ein von dieser Arbeit als schädlich diskutiertes Zusammenspiel zwischen Unternehmen und Staat ergeben.³⁷

4.3.a) *Deforestation Letter*

Als Erstes muss man sich mit den unterzeichnenden Handelsverbänden des Berichts befassen. Aufgrund der offensichtlichen Involvierung von Sojaimporteuren in den Vorständen der Handelsverbände, ist zumindest eine Konnexität mit den Unternehmen gegeben. Da diese Informationen aber öffentlich zugänglich und auf den Seiten der jeweiligen Verbände aufzufinden sind,³⁸ kann hier nicht von einer direkten Verschleierung gesprochen werden. Dennoch bleibt stark anzunehmen, dass im Normalfall und ohne Anlass ein Durchschnittsbürger diese Information nicht recherchieren würde. Dementsprechend kann jedenfalls festgestellt werden, dass aus der Sichtweise eines objektiven Empfängerhorizonts keine Involvierung von den größten Sojaexporteuren, die in direkter Weise von solchen Fragen betroffen sind und auch vom Sojaexport profitieren, angenommen werden würde.

Sodann ist der Inhalt des Berichts zu untersuchen. Da der Bericht eindeutig negative Folgen des Transparenzgebots in Aussicht stellt, ist vorsichtig zu differenzieren, ob hier tatsächlich fachliche Argumente zur Weiterführung des politischen Diskurses vorliegen oder eher eine gezielte Druckausübung bewirkt wird, die den Entscheidungsprozess von einem Transparenzgebot wegbewegen soll. Für eine gezielte Druckausübung würde sprechen, dass die negativen Folgen für den europäischen Markt in den Vordergrund gerückt werden und somit im Grunde den gesamten Inhalt des Berichts darstellen. Andererseits ist es aber die Aufgabe der Verbände auf negative

³⁷ Hier kann eine Unterscheidung innerhalb von *State-Corporate Crime* getroffen werden. Während die zuvor diskutierte Form eine von Grund auf ausgeglichene Interessenskonvergenz zwischen Unternehmen und Staat statuiert, wäre die hier vorliegende Form von der Seite des Unternehmens initiiert (ähnlich der Unterteilung in *state initiated* und *state facilitated corporate crime*) (Böhm, 2023, S. 60; Aulette/Michalowski, 2006, S. 45). Im Ergebnis folgt die letztere Form aber ebenfalls dem Prinzip der Interessenkonvergenz zwischen Unternehmen und Staat, da nach Zustandekommen einer Verbindung die Form der Initiierung für das Endergebnis irrelevant ist. Das Konzept von *State-Corporate Crime* wird in beiden Kategorien durch eine gegenseitige Vorteilsabschöpfung erfüllt.

³⁸ *Fediol-Webseite*, Members of the Executive Board, *supra* Fn. 34; *Coceral-Webseite*, Members of the Board, *supra* Fn. 34.

Auswirkungen einer solchen Regulierung hinzuweisen, die die Kommission sich nicht selbständig erarbeiten kann. Um eine Differenzierung vorzunehmen, können die negativen Hinweise nicht isoliert betrachtet werden, sondern müssen in den Kontext des gesamten Berichts gesetzt werden. Demnach ist zu überprüfen, ob die Abweisung des Transparenzgesetzes auch von Alternativvorschlägen gefolgt wird. Ist das der Fall, würde ein Bild vermittelt werden, dass sich die Verfasser tatsächlich mit der Thematik befasst haben und das Problem auch entsprechend wahrnehmen. Ist das nicht der Fall, dann fällt es schwer, dem Bericht einen anderen Zweck, als die Erzeugung einer Drucksituation zu unterstellen. Tatsächlich wird aber angebracht, dass die getrennte Lieferkette nach Europa, die durch die hohen Anforderungen des neuen Gesetzes nötig wäre, durch Massenbilanzierung³⁹ umgangen werden könnte.⁴⁰ Infolgedessen könnten also Unternehmen weiterhin eine bestimmte Menge an Produkten an den europäischen Markt liefern, die auf dem Papier nicht im Zusammenhang mit Waldrodungen produziert wurden. Der Haken an diesem Vorschlag ist aber, dass es das Ziel dieses Transparenzgesetzes ist, tatsächlich den Markt zu verändern und Waldrodungen zu verringern.⁴¹ Der Sinn ist es nicht, einen Weg zu finden, der den Unternehmen ermöglicht ihr öffentliches Erscheinungsbild aufrechtzuerhalten, ohne sich anzupassen und das Gewissen des europäischen Marktes zu beruhigen. Mit anderen Worten erfüllt der Vorschlag der Unternehmen zwar formell die Anforderungen,⁴² rein tatsächlich wird aber der *status quo* erhalten. Im Ergebnis bleiben die hervorgehobenen negativen Konsequenzen isoliert stehen und werden nicht durch sinnvolle Gegenvorschläge ergänzt.

4.3.b) Statement of Purpose

Als zweiten Punkt soll das „statement of purpose“ der Unternehmen beleuchtet werden, das während der Klimakonferenz eingereicht wurde.⁴³ Wie auch die Massenbilanzierung könnte dieses Versprechen, bis COP 27 einen Plan zum Klimaschutz zu erstellen, als eine Art Alternativvorschlag zum Transparenzgesetz gesehen werden. Der Unterschied ist, dass dieses Versprechen einerseits

³⁹ Massenbilanzierung ermöglicht es Unternehmen bei dem Transport und sogar bei der Herstellung des Endprodukts zertifizierte und nicht zertifizierte Rohstoffe (in diesem Fall also Soja aus Verbindung mit Abholzung und Soja aus abholzungsfreien Lieferketten) miteinander zu vermischen. Obwohl also im Endprodukt Rohstoffe aus beiden Quellen aufzufinden sind, kann einem bestimmten Prozentsatz des Produkts (nämlich deckungsgleich mit der Ausgangsmenge an zertifizierten Rohstoffen) eine Zertifizierung gegeben werden. Auf diesem Weg müssen keine Kosten für ein sogenanntes „segregiertes“ Beschaffungsmodell aufgewendet werden, siehe *Rainforest Alliance*, Was ist Massenbilanz-Beschaffung? (02.12.2020), verfügbar unter <<https://www.rainforest-alliance.org/de/business-de/zertifizierung/what-is-mass-balance-sourcing/>> (zuletzt abgerufen am 26.02.2023). Dieses Konzept der Massenbilanzierung ergibt zunächst Sinn, aber nur im richtigen Kontext. Auf die Frage, ob es einen Unterschied für die Umwelt macht, wenn man die Lieferketten auftrennt oder ob man nach der Massenbilanzierung alles vermischt und zum Schluss prozentual ein Zertifikat vergibt, lautet die Antwort: nein. Diese Schlussfolgerung ergibt sich aber nur aus der Sichtweise des Unternehmens bei der Frage darauf, wie man am effektivsten mit den vorhandenen Umständen die Zertifikate verteilt. Das hier von der EU-Kommission vorgebrachte Ziel ist aber eben genau die zugrunde liegenden Umstände zu ändern (d.h. den prozentualen Anteil der im Zusammenhang mit Abholzung produzierten Produkten zu senken). In diesem Kontext kann die Massenbilanzierung nicht mehr weiterhelfen, da sie nur innerhalb der bestehenden Umstände Anpassungen ermöglicht.

⁴⁰ *Unearthed*, Deforestation Letter, *supra* Fn. 30, S. 2.

⁴¹ *European Commission*, Regulation on deforestation-free products, Objektive, verfügbar unter <https://environment.ec.europa.eu/topics/forests/deforestation/regulation-deforestation-free-products_en> (zuletzt abgerufen am 26.02.2023).

⁴² Bereits die formelle Anpassung ist zu bestreiten (siehe Ausführungen in Fn. 33).

⁴³ *UN climate change conference UK 2021*, Agricultural commodity, *supra* Fn. 24.

zum Zeitpunkt der EU-Klimakonferenz (COP 26) noch nicht konkret vorlag, sondern erst ein Jahr später zum Vorschein kommen würde und dementsprechend nicht wirklich als gewichtiges Gegenelement zu der Auflistung der negativen Folgen gezählt werden kann. Andererseits ist dieser Zeitpunkt bereits eingetreten und die vorliegende Arbeit kann sich mit dem konkreten Plan der Unternehmen auseinandersetzen und diesen somit eventuell als Ausgleich einordnen. Der Fahrplan⁴⁴ der Unternehmen zum 1,5 Grad Celsius Ziel wurde wie angekündigt ein Jahr später zur UN-Klimakonferenz in Scharm asch-Schaich (COP 27)⁴⁵ erstellt. Der Plan sieht vor, dass Unternehmen Schritte einleiten, um ihre Emissionen zu senken und Produktionsflächen nachhaltig zu nutzen.⁴⁶ Dabei sollen von Jahr zu Jahr stetig transparente Berichte über ihre Fortschritte veröffentlicht werden, wodurch ein Übergang in eine umweltfreundliche Produktion ermöglicht wird.⁴⁷ Dieser Plan weist gleich mehrere Problempunkte auf. Während einerseits kritisiert wird, dass dieser Fahrplan der Unternehmen sich zu wenig mit der Sojaproduktion befasst und auch willkürlich entscheidet, an welchen Regionen Änderungen vorgenommen werden sollen, liegt das größte Problem in dem vorgestellten Zeitraum (Huber, 2022). Der Plan sieht vor, dass die Änderungen erst ab 2025 ihren erwünschten Effekt zeigen werden.⁴⁸ Diese Zeitspanne wird nicht nur für zu lang gehalten, sondern auch im Hinblick auf frühere Klimaversprechen als unrealistisch eingeschätzt (Huber, 2022). Bereits im Jahr 2010 verpflichteten sich hunderte landwirtschaftliche Unternehmen, darunter auch Cargill, bis 2020 nur noch abholzungsfreie Lieferketten zu betreiben; allerdings konnte nicht eines dieser Unternehmen ihr Versprechen⁴⁹ einhalten (Tompkins, 2020). Angesichts dieser Fakten fällt es schwer, auf den aktuellen Plan der Unternehmen zu vertrauen. Im Hinblick auf das Versprechen von Cargill und den anderen landwirtschaftlichen Betrieben von COP 26 lässt sich also auch nicht rückblickend der avisierte Plan als Ausgleich anbringen, da dieser im Kern und unter Bezugnahme aller Umstände keine konkreten und sicheren Ergebnisse annehmen lässt.

4.4 Zwischenergebnis

Wie soeben dargestellt, ist dem Verhalten der Unternehmen in diesem Gesetzgebungsvorgang keine volle Transparenz zuzuschreiben. Wenn auch keine konkret illegalen Vorgänge ermittelt werden können, ist durch die manipulativen Elemente des Berichts und der Versprechen jedenfalls eine Verlagerung dieser Lobbyarbeit in die graue Zone angemessen. Wie aber an dem zuvor entwickelten Ansatz veranschaulicht wurde, reicht das manipulative Verhalten an sich nicht aus, um deviante Lobbyarbeit zu bejahen und somit eine Verordnung in die schwarze Zone zu

⁴⁴ *Tropical forest Alliance*, Agriculture Sector Roadmap to 1.5°C <<https://www.tropicalforestalliance.org/assets/Agriculture-Sector-Roadmap-November-2022-v2.pdf>> (zuletzt abgerufen am 01.03.2023).

⁴⁵ *United Nations*, UN-Klimakonferenz in Ägypten (06.11-18.11.2022), verfügbar unter <https://unfccc.int/event/cop-27> (zuletzt abgerufen am 01.03.2023).

⁴⁶ *Tropical forest Alliance*, Agriculture Sector Roadmap to 1.5°C, *supra* Fn. 44, S. 3.

⁴⁷ *Tropical forest Alliance*, Agriculture Sector Roadmap to 1.5°C, *supra* Fn. 44, S. 4.

⁴⁸ *Tropical forest Alliance*, Agriculture Sector Roadmap to 1.5°C, *supra* Fn. 44, S. 4.

⁴⁹ In der Wirtschaft ist die Selbstverpflichtung von Unternehmen eine öfter angewendete Strategie, um sich staatlich-regulatorischen Eingriffen zu entziehen. Obwohl das Grundprinzip einer solchen Selbstverpflichtung viele Vorteile bieten kann (beispielsweise die schnellere Umsetzung von umweltpolitischen Zielen sowie das Umgehen von einem langwierigen Gesetzgebungsprozess), besteht die Gefahr, dass dieser Verpflichtung aufgrund eines fehlenden rechtlichen Charakters nicht nachgekommen wird (vgl. dazu: Sukopp, 2002, S. 231 f.; Sihler, 2007, o.S.)

rechtfertigen. Nötig ist eine Beurteilung des tatsächlichen Kerns des Verhaltens an der hypothetischen öffentlichen Meinung.

Anhand der Gesamtsituation und unter Beachtung aller Aspekte, die das Verhalten dieser Unternehmen aufgewiesen hat, kann vorliegend nicht mehr von einem erwünschten Beitrag zur politischen Meinungsbildung durch die Fachkenntnis der landwirtschaftlichen Betriebe gesprochen werden. Vielmehr würde ein objektiver Empfängerhorizont durch die Offenlegung der Gesamtumstände eine direkte Aufforderung der durch die Abholzung profitierenden Unternehmen zur Beibehaltung des Status quo annehmen, indem negative Folgen bei der Durchsetzung eines Transparenzgesetzes in Aussicht gestellt werden. Des Weiteren werden diese negativen Auswirkungen auf den europäischen Markt auch nicht durch tatsächlich sinnvolle und mit dem Ziel der Verordnung vereinbare Alternativvorschläge kompensiert. Dadurch bleibt die Kommission alternativlos zwischen den negativen Folgen und dem *status quo* gefangen. Angesichts dieser Drucksituation kann daher die Lobbyarbeit der Unternehmen vertretbar als unerwünschte Pression eingestuft werden. Ein solches Verhalten würde also bei klarer und transparenter Vermittlung aufgrund des drohungsähnlichen Charakters nicht von der Öffentlichkeit toleriert werden und wäre somit trotz prinzipieller Legalität nicht in einem politischen Diskurs erwünscht.

Für die Vermutung, dass *State-Corporate Crime* auch im legislativen Bereich zu beobachten ist, lässt sich folgern, dass was in den Produktionsländern fast schon organisch passiert, weil dort fehlende Verwaltungsinfrastruktur, korrupte Gerichte und die finanzielle Angewiesenheit auf die Unternehmen ein Zusammenspiel fördern, in den legislativ ausgeprägteren Ländern zwar ebenso vorhanden ist, aber durch eine viel höhere Schwelle vor dem Ausbrechen geschützt wird (Weschka, 2006, S. 628 f.; Krajewski, 2018, S. 104). Gerade solche Strukturen wie etwa der Lobbyismus garantieren nämlich einen gerechten Umgang mit kollidierenden Interessen und bieten eine Möglichkeit, die sich ansonsten in schädlichen Innovationsverhalten äußernden Interaktionen zu bündeln und in einen sinnvollen Diskurs zu bringen. Anders als in den Produktionsländern ist also die Konfrontation mit den Interessen von internationalen Unternehmen noch natürlich und nicht zugunsten der Unternehmen verzerrt. Diese erhöhte Schwelle kann umgekehrt aber nur beibehalten oder gesteigert werden, wenn politisch essenzielle Strukturen wie der Lobbyismus vor unerwünschten Drucksituationen geschützt und die eigentlichen und transparenten Interessen gegenübergestellt und miteinander abgewägt werden können.

5. Ausblick

Ist aber die soeben dargestellte Ausgangslage der transparent vergleichbaren Positionen gesichert, bleibt nur noch zu klären, in welche Richtung der Druck von der Legislative aufgelöst wird. Wie aber dieses Beispiel der UN-Klimakonferenz gezeigt hat, können Unternehmen nicht nur aktiv in das Gesetzgebungsverfahren einwirken, sondern sich mit ihrer Beeinflussung auch indirekt an die Öffentlichkeit wenden.⁵⁰ Diese durch Intransparenz erreichte Drucksituation wird also nicht

⁵⁰ Der zuvor dargestellte Bericht und das „statement of purpose“ sind nicht nur öffentlich zugänglich, sondern werden auch teilweise auf der Website der Handelsverbände den Benutzern präsentiert: *Fediol-Webseite*, Latest News, verfügbar unter <https://www.fediol.eu/info/coceral%20fediol%20and%20fefac%20call%20for%20strong/english/1187970086/1670922079.html> (zuletzt abgerufen am 15.02.2023); *Coceral-Webseite*, Press Releases, verfügbar unter http://www.coceral.com/list_infos/%20press%20releases/1011306087/list1353580566.html (zuletzt abgerufen am 15.02.2023).

nur an die entscheidenden Politiker, sondern auch an die Öffentlichkeit gerichtet. Ganz nach *Scheerer* spielt also die öffentliche Meinung einen wichtigen Faktor in der Gesetzgebung und kann auch als Werkzeug benutzt werden um eine (neu) entwickelte Wertvorstellung zu unterbinden. Indem hier die Unternehmen die negativen Konsequenzen einer abholzungsfreien Lieferkette aufzeigen und eine alternativlose Situation konstruieren, wird die Wertvorstellung der Gesellschaft und der Versuch, die Lösung des Problems in diesem Sektor zu suchen, dementsprechend beeinflusst. Diese Drucksituation zwischen Individualinteressen und den Wertvorstellungen einer Gesellschaft kann aber auch zugunsten der Allgemeinheit aufgelöst werden. Wie *Scheerer* in seiner Forschung zur Normgenese beschrieben hat, kann sich das allgemeine Interesse in einer Krisensituation und mit entsprechender wissenschaftlicher Unterstützung über die Individualinteressen von Unternehmen hinwegsetzen. In solchen Fällen überwiegt also der Druck, den die Allgemeinheit auf die Legislative ausübt und es kommt zu der Durchsetzung entsprechender Änderungen.

In diesem Fall hat sich die Legislative hinsichtlich der Verabschiedung einer Verordnung zur Eindämmung der weltweiten Entwaldung für das überwiegende Interesse am Klimaschutz entschieden (BMZ, 2023c). Nach den Entwicklungen aus der UN-Klimakonferenz 2021 und 2022 (COP 26/27) hat die EU-Kommission beschlossen, ein Importverbot für Rohstoffe zu verhängen, deren Produktion die Entwaldung vorantreiben⁵¹ und diese Verordnung muss nur noch dieses Jahr im Umweltrat und dem Europäischen Parlament formell verabschiedet werden, um 2024 in Kraft treten zu können (BMZ, 2023c).⁵²

Zusammenfassend ist zu vermerken, dass sich sowohl in den Lieferketten von landwirtschaftlichen Unternehmen als auch in den Gesetzgebungsverfahren diesbezüglich mutualistische Strukturen zwischen den involvierten Unternehmen und den jeweils betroffenen staatlichen Einrichtungen finden lassen. Während in den Produktionsländern eine klare Machtverteilung zugunsten der Unternehmen bemerkbar ist, ist das Gleichgewicht in den legislatorischen Verfahren nicht entsprechend ausgeprägt und es herrscht noch ein tatsächliches Spannungsverhältnis zwischen den zu vertretenden Interessen. Wie auch das soeben dargestellte Beispiel des Transparenzgebots zeigt, kann es also noch zu Widersprüchen zwischen den Interessen von Unternehmen und Staat kommen, wobei sich dann gegebenenfalls auch gegen den bevorzugten *status quo* entschieden wird. Solche Entscheidungen erfüllen eine besonders signifikante Rolle im Kontext der Umweltkriminalität. Gelingt etwa eine Durchsetzung nicht, so ermöglicht man unweigerlich in einem kreislaufartigen Verfahren das schädliche Handeln im Produktionsland. Dies führt wiederum zu einer Bestärkung der Positionen von den betroffenen Unternehmen, was erneut zu ihren Einflüssen im legislativen Bereich beiträgt. Das in dieser Arbeit dargestellte symbiotische Verhalten zwischen den landwirtschaftlichen Unternehmen und den betroffenen staatlichen Einrichtungen fördert sich also durch diese Spirale selbst und treibt gleichzeitig in immer größer wachsendem Maße den Klimawandel und dessen Sekundär- und Tertiärfolgen voran.

⁵¹ *European Commission*, Regulation on deforestation-free products, *supra* Fn. 41; *Reuters*, Here´s how EU´s new rules could finally turn the tide on tropical forest loss, (03.01.2023), verfügbar unter <<https://www.reuters.com/business/sustainable-business/comment-heres-how-eus-new-rules-could-finally-turn-tide-tropical-forest-loss-2023-01-03/>> (zuletzt abgerufen am 15.02.2023).

⁵² *Europäischer Rat*, Rat und Parlament erzielen vorläufige Einigung zur Eindämmung der weltweiten Entwaldung, verfügbar unter <<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/12/06/council-and-parliament-strike-provisional-deal-to-cut-down-deforestation-worldwide/>> (zuletzt abgerufen am 19.04.2023).

Die Durchbrechung von diesem Kreislauf ist somit besonders erstrebenswert und sollte durch vermehrte Vorschläge zur Regulierung und Eindämmung des umweltschädlichen Verhaltens vorangetrieben werden. Wobei schon einige Stimmen in der Wissenschaft ihre eigenen Ansätze zur Regulierung der Umweltkriminalität entwickelt haben (Satzger, 2021; Kersten, 2020), wird auch überlegt, eine Änderung des Römischen Statuts vorzunehmen, indem der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) Verbrechen gegen die Umwelt als einen Straftatbestand „Ökozid“ einführt (Wagner, 2022, S. 477). Ob solche Überlegungen tatsächlich umgesetzt werden können, bleibt noch abzuwarten. Im Hinblick auf die Zukunft wäre es auf jeden Fall wünschenswert.

Referenzen

Literatur

- Adler, Freda/Laufer, William S. (2000): *The Legacy of Anomie Theory*, Volume 6, New Brunswick, New Jersey: Transaction Publishers.
- Von Alemann, Ulrich/Eckert Florian (2006): Lobbyismus als Schattenpolitik, *APuZ*, Vol. 3, No. 9, 3-10.
- Anders, Robin (2019), Lobbyismus – legitime politische Einflussnahme oder Korruption?, *IPW Selected Student Paper 71*, August <https://www.ipw.rwth-aachen.de/wp/wp-content/uploads/SSP_Lobbyismus-legitime-politische-Einflussnahme-oder-Korruption.pdf> (Abfrage: 26.02.2023).
- Aulette, Judy Root/Michalowski, Raymond (2006): The Fire in Hamlet In: Michalowski, R.J./Kramer, R.C., *State-Corporate Crime: Wrongdoing at the Intersection of Business and Government*, New Brunswick/New Jersey/London: Rutgers University Press, 45–66. Bernat, Ignasi/Whyte, David (2020): State-Corporate Crimes, Chapter 9. In: Melissa L. Rorie (Hrsg.): *The Handbook of White-Collar Crime*, New Jersey: Wiley-Blackwell, 127-139.
- Bondolfi, Alberto (2000): Ethik und Gesetzgebung – Anlässe und Annäherungen zu einem „neuen“ Thema. In: Bondolfi, Alberto/Grotefeld, Stefan (Hrsg.): *Ethik und Gesetzgebung – Probleme, Lösungsversuche, Konzepte*, Stuttgart: W. Kohlhammer, 13-23.
- Böhm, María Laura (2023): *Transnationale Wirtschaftskriminalität als globales State-Corporate Crime*, 1. Auflage, Baden-Baden: Nomos.
- Durkheim, Emile (1991): *Die Regeln der soziologischen Methode*. Hrsg. und eingeleitet von René König, 2. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Harstad, Bard/Svensson, Jakob (2011): *Bribes, Lobbying, and Development*, *American Political Science Review*, Vol. 105, No. 1, February <<file:///C:/Users/Admin/Downloads/bribes-lobbying-and-development.pdf>> (Abfrage: 26.02.2023).
- Holzer, Johanna (2022): State-Corporate Crime in der deutschen Kriminologie, *Student Series of Criminology*, 15. Februar <<https://stucrim.ub.uni-muenchen.de/index.php/stucrim/article/view/17>> (Abfrage: 21.02.2023).
- Huber, Bridget (2022): COP27: Food industry plan to end deforestation ‘falls short’, *Fern’s Ag Insider Daily*, 8. November <https://thefern.org/ag_insider/cop27-food-industry-plan-to-end-deforestation-falls-short/> (Abfrage: 15.02.2023).
- Kersten, Jens (2020): Natur als Rechtssubjekt. Für eine ökologische Revolution des Rechts, *APuZ*, Nr.11/2020, 27-32.

- Krajewski, Markus (2018): *Staatliche Schutzpflichten und unternehmerische Verantwortung für Menschenrechte in globalen Lieferketten*, Band 2, Erlangen: FAU University Press.
- Kramer, Ronald/Michalowski, Raymond (2012): *Is Global Warming a State-Corporate Crime?*, Chapter 5, New York: Springer Science+Business Media S.A.
- Kramer, Ronald/Michalowski, Raymond (2006): The original formulation: toward a theory of state-corporate crime. In: Michalowski, Raymond/Kramer, Ronald (Hrsg.): *State-corporate crime: Wrongdoing at the intersection of business and government*, New Jersey: Rutgers University Press, 18-26.
- Kramer, Ronald/Michalowski, Raymond/Kauzlarich, David (2002): The Origins and Development of the Concept and Theory of State-Corporate Crime, *Crime & Delinquency*, Vol. 48 No. 2, 263-282.
- Küçükşahin, Melisa/Bublak, Felix/Reisinger, Nicolás (StuCrim-Team) (2023): „Ich gelte ja als Freund der Drogenhändler“, *Student Series of Criminology*, 14. März <<https://stucrim.uni-muenchen.de/index.php/stucrim/article/view/33>> (Abfrage: 16.03.2023).
- Meier, Bernd-Dieter (2021): *Kriminologie*, 6. Auflage, München: C.H.Beck.
- Merton, Robert K. (1995): Soziologische Theorie und soziale Struktur. In: Meja, Volker/Nico, Stehr (Hrsg.), *Sozialstruktur und Anomie*, 1. Auflage, Berlin: Walter de Gruyter, 127-154.
- Merton, Robert K. (1974): Sozialstrukturen und Anomie. In Fritz, Sack/René, König (Hrsg.): *Kriminalsoziologie*. 2. Auflage, Frankfurt a.M.: Akademische Verlagsgesellschaft, 283-313.
- Merton, Robert K. (1938): Social Structure and Anomie, *American Sociological Review*, Vol. 3 No. 5, 672-682.
- Momsen, Carsten (2022): Krisenmanagement zwischen Lobbyismus und Korruption – brauchen wir ein Menschenrecht gegen politische Korruption. In: Pohlreich, Erol/Beck, Susanne/Meier, Bernd-Dieter/ Stefanopoulou, Georgia/Ziemann, Sascha (Hrsg.): *Strafrecht in der Krise – Erkenntnisse zum gesamten Strafrecht nach zwei Jahren Pandemie*, 1. Auflage, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 67-94.
- Ortmann, Rüdiger (2000): *Abweichendes Verhalten und Anomie*, Band 89, Freiburg: Ed. iuscrim.
- Satzger, Helmut (2021): Das Klimastrafrecht – ein Rechtsbegriff der Zukunft, *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft*, Bd. 133, Heft. 1, 1-34.
- Scheerer, Sebastian (1979): Strafgesetzgebung. In: Sieverts, R. und Schneider, H.J. (Hrsg.): *Handwörterbuch der Kriminologie*, München: Walter de Gruyter GmbH, 2. Auflage, Band 4: Ergänzungsband, 393-404.
- Schmidt, Laura (2022): Zwischen Lobbyismus und illegitimen Beeinflussungsmethoden. Der Fall Bayer und das Glyphosatzulassungsverfahren, *Student Series of Criminology*, 05. Oktober, <<https://stucrim.uni-muenchen.de/index.php/stucrim/article/view/27>> (Abfrage: 26.02.2023).
- Schulz, Detlev/Fischer, Franz (2020): Lobbyismus – legitime Interessenvertretung oder Korruption?, *Transparency International Deutschland e.V.*, Juli <https://www.transparency.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/2020/Unterrichtsreihe_Was-ist-Korruption-02_Lobbyismus.pdf> (Abfrage: 26.02.2023).
- Sihler, Patrick (2007): *Freiwillige Selbstverpflichtung als Instrument der Umweltpolitik*, 1. Auflage, München: GRIN Verlag.
- Sukopp, Herbert (2002): Selbstverpflichtung der Wirtschaft als Instrument der Umweltpolitik. In: Münkler, Herfried/Blum, Harald/Fischer, Karsten (Hrsg.), *Forschungsberichte der interdisziplinären Arbeitsgruppe „Gemeinwohl und Gemeinsinn“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften*, Berlin: Akademie Verlag, 227-242.
- Tangermann, Julian/Kreienbrink, Axel (2019a): Umwelt- und Klimamigration: Begriffe und Definitionen, *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)*, 1. März <<https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdoessiers/286832/umwelt-und-klimamigration-begriffe-und-definitionen/#footnote-target-10>> (Abfrage: 19.04.2023).

- Tangermann, Julian/Kreienbrink, Axel (2019b): Zur Prognose des Umfangs klimabedingter Migration, *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)*, 1. März <<https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdosiers/286829/zur-prognose-des-umfangs-klimabedingter-migrationen/>> (Abfrage: 19.04.2023).
- Tompkins, Lucy (2020): Hundreds of Companies Promised to Help Save Forests. Did They? – Cargill, Nestle, Carrefour and other pledged to reach net-zero deforestation in their supply chains by 2020, *The New York Times*, 20. Januar <<https://www.nytimes.com/2021/12/02/climate/companies-net-zero-deforestation.html>> (Abfrage: 15.02.2023).
- Wagner, Markus (2022): Ökozid vor dem Internationalen Strafgerichtshof? Eine kritische Würdigung des Vorschlags der „Stop Ecocide“ – Initiative zur Ergänzung des Römischen Statuts, *Zeitschrift für internationale Strafrechtswissenschaft*, Ausgabe 7-8/2022, 477-488.
- Weschka, Marion (2006): Human Rights and Multinational Enterprises: How Can Multinational Enterprises Be Held Responsible for Human Rights Violations Committed Abroad?, *ZaöRV*, Vol. 66, 625-662.
- White, Rob/Yeates, Jasmine (2018): Farming and climate change, Chapter 19. In: Melissa L. Rorie (Hrsg.): *The Handbook of White-Collar Crime*, New Jersey: Wiley-Blackwell, 315-330.
- Yousefi, Anahita/Bellantonio, Marisa/Higonnet, Etelle, Hurowitz, Glenn (2018): Die vermeidbare Krise – die Umweltkatastrophe der deutschen Fleischindustrie, *Mighty Earth*, März, <https://www.mightyearth.org/wp-content/uploads/2018/04/ME_DEFORESTATION_Germany_German_R5.pdf> (Abfrage: 11.12.2022).

Berichte

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2023a) Das Lieferkettengesetz <<https://www.bmz.de/de/themen/lieferkettengesetz>> (Abfrage: 16.03.2023).
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2023b): Klimaabkommen von Paris <<https://www.bmz.de/de/service/lexikon/klimaabkommen-von-paris-14602>> (Abfrage: 26.02.2023).
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2023c): Neue EU-Verordnung zur Eindämmung der weltweiten Entwaldung <<https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/schulze-statement-schutz-der-waelder-132724>> (Abfrage: 15.02.2023).
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2022): Migration und Klima, 19. Oktober <<https://www.bmz.de/de/themen/klimawandel-und-entwicklung/migration-und-klima>> (Abfrage: 19.04.2023).
- Heinrich Böll Stiftung (2017): Fünf Agrarkonzerne beherrschen den Weltmarkt, 10. Januar <<https://www.boell.de/de/2017/01/10/fuenf-agrarkonzerne-beherrschen-den-weltmarkt>> (Abfrage: 16.03.03)
- International Organization for Migration (IOM) (2017): Making mobility work for adaptation to environmental changes, 14. Oktober <<https://environmentalmigration.iom.int/resources/making-mobility-work-adaptation-environmental-changes-results-meclep-global-research>> (Abfrage: 19.04.2023).
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2013): Summary for Policymakers – Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate, <<https://www.ipcc.ch/report/ar5/wg1/>> (Abfrage: 26.02.2023).
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2014): Summary for Policymakers – Climate Change 2014: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth

Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change
<<https://www.ipcc.ch/report/ar5/syr/>> (Abgerufen: 26.02.2023).

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2022): Frequently Asked Questions – Climate Change 2022: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. FAQ 3: How will climate change affect the lives of today’s children tomorrow, if no immediate action is taken? <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/faqs/IPCC_AR6_WGII_Overarching_OutreachFAQ3.pdf> (Abfrage: 19.04.2023).

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2023): Summary for Policymakers – Climate Change 2023: sixth Assessment Report
<https://report.ipcc.ch/ar6syr/pdf/IPCC_AR6_SYR_SPM.pdf> (Abgerufen: 20.03.2023).

IPES-Food (2022): Another perfect storm?, 06. Mai <https://ipes-food.org/_img/upload/files/AnotherPerfectStorm.pdf> (Abfrage: 01.03.2023).

Oxfam International (2012): Cereal Secrets – The world’s largest grain traders and global agriculture 01. August <https://oi-files-d8-prod.s3.eu-west-2.amazonaws.com/s3fs-public/file_attachments/rr-cereal-secrets-grain-traders-agriculture-30082012-en_4.pdf> (Abfrage: 26.02.2023).

World Wide Fund For Nature (WWF) (2020): Soja als Futtermittel, 12. Mai <<https://www.wwf.de/themenprojekte/landwirtschaft/produkte-aus-der-landwirtschaft/soja/soja-als-futtermittel>> (Abfrage: 26.02.2023).

World Wide Fund For Nature (WWF) (2011): Klimaerwärmung durch Fleischkonsum?, 19. Oktober <<https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Landwirtschaft/Klimaerwaermung-durch-Fleischkonsum.pdf>> (Abfrage: 01.03.2023).